

## Deutschland.

Berlin, 20. Aug. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Rechnungs-Rath Hansmann im Finanz-Ministerium den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Rentner Gottfried Brenner zu Garrop im Kreise Duisburg, dem Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Friedrich Regensberg zu Münster und dem Ortsvorsteher a. D. und Vorstassen-Rendanten Droyen zu Sagard im Kreise Rügen den königlichen Kronenorden vierter Klasse; den Schulbehörden Barthmüh zu Hohenlohe im Kreise Merseburg und Ichnund zu Scheidt im Kreise Saarbrücken den Adler der Inhaber des königlichen Haussordens von Hohenzollern; dem Vorstaufseuer Moritz August Adolf Heinrich Kolberg zu Vorstaufsen; bei Swinemünde und dem Kaserneinwärter Ludwig Zimmermann bei der Garnison-Verwaltung zu Düsseldorf das allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Gutsbesitzer Schäffer-Bocholt zu Bohren im Kreise Warendorf und dem Handlungskommiss Heinrich Ernst Jürgen Jensen zu Kiel die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen ordentlichen Professor der Universität zu Rostock Dr. Adermann zum ordentlichen Professor der pathologischen Anatomie an der Universität zu Halle ernannt. — Der bisherige Gymnasiallehrer August Łasłowski in Posen ist zum Kreis-Schulinspector im Regierungsbezirk Posen ernannt worden. (Reichsanzeiger.)

© Berlin, 20. August. [Das Septemberfest.] Die Vorbereitungen für die Feier des Septemberfestes kommen auf allen Seiten mehr und mehr in Gang. Was die Einrichtung des hiesigen Festplatzes für die Enthüllung des Siegesdenkmals betrifft, so soll, wie man hört, vor dem Denkmal in der auf dieselbe hinführenden Allee ein zeltartiger Pavillon für die höchsten Herrschaften errichtet werden. Rechts und links davon befinden sich Podien für die Generalität, die Staatsminister, die obersten Spitzen der Behörden u. s. w. An diese Podien werden sich Etappen schließen, auf denen die Geistlichkeit, die Damen des Louisenordens, das diplomatische Corps und die weiteren eingeladenen Ehrengäste Platz nehmen werden. Am Ausgang der Sieges-Allee werden große Tribünen für die übrigen zur Feier zuzulassenden Personen errichtet werden. Bei den neuendgültig vorgelegten Projecten zur Anlage oder Umgestaltung von Bahnhöfen haben verschiedene Punkte wiederholt zu Revisionsschermungen Anlaß gegeben, durch welche eine Festschrift der Projecte verzögert oder eine Umarbeitung derselben bedingt worden ist. Um dies für die Zukunft thunlichst zu vermeiden, hat der Handelsminister den königlichen Eisenbahn-Directionen und den Eisenbahn-Commissionen eine Zusammenstellung der am häufigsten unbeachtet gebliebenen Vorschriften und Normen mit dem Auftrage zugehen lassen, sotar für Befolgung derselben bei Aufführung der Bahnhofspartie Sorge zu tragen, etwaige Abweichungen aber, welche durch besondere Verhältnisse geboten erscheinen, jedesmal eingehend zu motivieren. Zugleich ist darauf Bedacht zu nehmen, daß bei den älteren Bahnhöfen diejenigen Anlagen, welche mit jenen Normen nicht im Einklang stehen, im Sinne der letzteren abgeändert werden, so weit es ohne Beeinträchtigung wichtiger Interessen angängig erscheint. Vor Allem ist die Lage der Weichen in den Hauptgleisen mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit derselben für die Sicherheit des Betriebes dadurch einer gründlichen Revision zu unterziehen und über die etwa zweimäßige erscheinenden Verlegungen zu berichten. In einer weiteren Verfügung des Handels-Ministers wird gesagt, daß die von den Verwaltungen des Staats- und Privat-Eisenbahnen einzureichenden Quartsalübersichten über die vorgekommenen Unglücksfälle nicht selten die Klarheit und Vollständigkeit vermissen lassen, welche zur Beurtheilung der einzelnen Fälle erforderlich ist. Namentlich ist nicht immer auf die genauen Angaben der technischen Natur Rücksicht genommen, aus denen abzunehmen sein würde, in wie weit sich durch Verbesserung in der Construction der Fahrzeuge, des Oberbaues und der Weichen die nötige Abhülfe verschaffen ließe. Es soll deshalb Sorge getragen werden, daß die Berichte so sorgfältig als möglich abgefaßt, auch durch Detailzeichnungen näher erläutert werden, damit sie zur Klärstellung derjenigen Momente, welche zur Herbeiführung des Unfalls mitgewirkt haben, in wirksamer Weise dienen können.

Über die Ausführung der neuen Kirchengesetze bringt die „Prov.-Corr.“ folgenden, bereits telegraphisch signalisierten Artikel:

Als den neuen kirchlichen Gesetzen schon in letzter Instanz das Siegel der königlichen Genehmigung aufgedrückt war, da traten die katholischen Bischöfe Preußens in einer Geläufige-Gabe an das Staatsministerium noch einmal mit der Erklärung hervor: sie seien nicht im Stande, zum Volzuge der am 15. Mai verkündeten Gesetze mitzuwirken.

Man erahnt aus dieser Kundgebung, daß die Oberen der katholischen Kirche an der Absicht fehlten, den Widerstand, den sie der durch dringendes Bedürfnis gebotenen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche entgegengesetzt hatten, nunmehr auch gegen die in unanfechtbare Geltung getretenen Gesetze vorzuführen. Man könnte jedoch noch immer die Erwartung hegen, daß die Bischöfe sich in ihrem Widerstreben gegen die Gesetze auf das Gebiet beschränken würden, wo ihnen freier Spielraum bleibt, nur mit Nachnahme auf die an ihr Verhalten sich knüpfenden Folgen für die katholische Kirche nach eigenem Ermessens zu handeln; denn man durfte nicht ohne augencheinlichen Beweis annehmen, daß sie entschlossen seien, sich öffnen Ungehorsams gegen diejenigen Vorschriften der neuen Gesetze schuldig zu machen, durch die ihnen bestimmte Pflichten auferlegt sind.

Inzwischen hat das Verfahren mehrerer Bischöfe gezeigt, daß ihre Unmöglichkeit weder durch die Achtung vor den Landesgesetzen überhaupt, noch durch den Hinblick auf die angedrohten Strafen, noch auch durch die Scheu vor den der katholischen Kirche selbst unvermeidlich erwachenden Nachtheilen in Schranken gehalten wird. Nach allen Richtungen haben diese Überhaupten der katholischen Kirche eine entschiedene Misshandlung der neuen gesetzlichen Vorschriften an den Tag gelegt und dadurch das Einbrechen der Staatsverwaltung und der Gerichtsbehörden zur Notwendigkeit gemacht.

Vor Allem mußte die Aufmerksamkeit der Regierung auf die genaue Ausführung des Gesetzes vom 11. Mai über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen gerichtet sein, weil die Bestimmungen desselben geeignet sind, nicht nur vorhandene Ungehorsame und Missbräuche zu beseitigen, sondern auch für die Zukunft feste Grundlagen eines dauernden Friedensverhältnisses zwischen Staat und Kirche herzustellen. Dieses Gesetz bezeichnet sowohl die Bedingungen, welche für die Bildung und Anstellung der Geistlichen maßgebend sein sollen, wie es auch sämtliche Anstalten, die zur Vorbildung der Geistlichen dienen, unter die Staatsaufsicht stellt, die zunächst in jeder Provinz des Landes durch den Oberpräsidenten ausgeübt wird. Dem Letzteren ist, nach der ausdrücklichen Vorschrift des Gesetzes, über alle Einrichtungen der geistlichen Bildungsanstalten Aufschluß zu geben, damit er im Stande sei, sich Gewißheit zu verschaffen, in wie weit diese Anstalten den vorgeschriebenen Bedingungen genügen, oder welche Vorlehrungen zu treffen sind, um den vorschriftsmäßigen Zustand herzustellen. Da in vielen Fällen die Vorlehrer solcher katholischen Institute sich geweigert haben, den gesetzlichen Weisungen Folge zu leisten und der Obrigkeit die zur Ausübung des Aufsichtsrechtes unerlässlichen Aufschüsse zu gewähren, so hat der Cultus-Minister nicht gestumt, unter Anwendung der ihm gesetzlich zustehenden Bezugnahmen, solchen Anstalten die ihnen vom Staate bewilligten Geldmittel einzuhalten oder dieselben gänzlich zu schließen.

Bon hervorragender Wichtigkeit sind die Bestimmungen desselben Gesetzes, durch welche der Staatsregierung das Recht zum Einspruch bei der Über-

tragung geistlicher Amtier beilegt wird. Selbstverständlich haben die Behörden von diesem Recht in erster Linie Gebrauch zu machen, wenn dem Anstellenden die gesetzlichen Erfordernisse zur Bekleidung eines geistlichen Amtes fehlen, oder wenn derselbe wegen schwerer Vergehen dem Strategieboden ist. Außerdem ist der Einspruch zulässig, wenn gegen den Anstellenden Thatachen vorliegen, die seine Anstellung als eine Gefahr für den gesellschaftlichen und friedlichen Zustand des Landes erheben lassen. Damit die Erhebung des Einspruchs in angemessener Weise erfolgen könne, sind die geistlichen Oberen durch das Gesetz angewiesen, denjenigen Candidaten, dem ein geistliches Amt übertragen werden soll, dem Ober-Präsidenten zu benennen. Nach der ausdrücklichen Bestimmung des Gesetzes ist jede Übertragung eines geistlichen Amtes, welche gegen die gesetzlichen Vorschriften verstößt und ohne Rücksichtnahme auf das Einspruchrecht der weltlichen Macht erfolgt, als nicht geschehen zu erachten. Außerdem ist jede gesetzwidrige Übertragung oder Übernahme eines geistlichen Amtes mit Strafe bestraft.

Se. Majestät der König hat den bisherigen ordentlichen Professor der Universität zu Rostock Dr. Adermann zum ordentlichen Professor der pathologischen Anatomie an der Universität zu Halle ernannt. — Der bisherige Gymnasiallehrer August Łasłowski in Posen ist zum Kreis-Schulinspector im Regierungsbezirk Posen ernannt worden. (Reichsanzeiger.)

© Berlin, 20. August. [Das Septemberfest.] Die Vorbereitungen für die Feier des Septemberfestes kommen auf allen Seiten mehr und mehr in Gang. Was die Einrichtung des hiesigen Festplatzes für die Enthüllung des Siegesdenkmals betrifft, so soll, wie man hört, vor dem Denkmal in der auf dieselbe hinführenden Allee ein zeltartiger Pavillon für die höchsten Herrschaften errichtet werden. Rechts und links davon befinden sich Podien für die Generalität, die Staatsminister, die obersten Spitzen der Behörden u. s. w. An diese Podien werden sich Etappen schließen, auf denen die Geistlichkeit, die Damen des Louisenordens, das diplomatische Corps und die weiteren eingeladenen Ehrengäste Platz nehmen werden. Am Ausgang der Sieges-Allee werden große Tribünen für die übrigen zur Feier zuzulassenden Personen errichtet werden. Bei den neuendgültig vorgelegten Projecten zur Anlage oder Umgestaltung von Bahnhöfen haben verschiedene Punkte wiederholt zu Revisionsschermungen Anlaß gegeben, durch welche eine Festschrift der Projecte verzögert oder eine Umarbeitung derselben bedingt worden ist. Um dies für die Zukunft thunlichst zu vermeiden, hat der Handelsminister den königlichen Eisenbahn-Directionen und den Eisenbahn-Commissionen eine Zusammenstellung der am häufigsten unbeachtet gebliebenen Vorschriften und Normen mit dem Auftrage zugehen lassen, sotar für Befolgung derselben bei Aufführung der Bahnhofspartie Sorge zu tragen, etwaige Abweichungen aber, welche durch besondere Verhältnisse geboten erscheinen, jedesmal eingehend zu motivieren. Zugleich ist darauf Bedacht zu nehmen, daß bei den älteren Bahnhöfen diejenigen Anlagen, welche mit jenen Normen nicht im Einklang stehen, im Sinne der letzteren abgeändert werden, so weit es ohne Beeinträchtigung wichtiger Interessen angängig erscheint. Vor Allem ist die Lage der Weichen in den Hauptgleisen mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit derselben für die Sicherheit des Betriebes dadurch einer gründlichen Revision zu unterziehen und über die etwa zweimäßige erscheinenden Verlegungen zu berichten. In einer weiteren Verfügung des Handels-Ministers wird gesagt, daß die von den Verwaltungen des Staats- und Privat-Eisenbahnen einzureichenden Quartalsübersichten über die vorgekommenen Unglücksfälle nicht selten die Klarheit und Vollständigkeit vermissen lassen, welche zur Beurtheilung der einzelnen Fälle erforderlich ist. Namentlich ist nicht immer auf die genauen Angaben der technischen Natur Rücksicht genommen, aus denen abzunehmen sein würde, in wie weit sich durch Verbesserung in der Construction der Fahrzeuge, des Oberbaues und der Weichen die nötige Abhülfe verschaffen ließe. Es soll deshalb Sorge getragen werden, daß die Berichte so sorgfältig als möglich abgefaßt, auch durch Detailzeichnungen näher erläutert werden, damit sie zur Klärstellung derjenigen Momente, welche zur Herbeiführung des Unfalls mitgewirkt haben, in wirksamer Weise dienen können.

Man kann nicht ernst genug auf die Bedeutung und die Tragweite dieser Vorgänge hinweisen. Es ist im höchsten Landesinteresse, nicht zu dulden, daß die Oberen einer Kirchengemeinde sich gegen die Herrschaft der Gesetze auflehnen und nicht blos die Gemüts ihrer Gläubigen genossen beunruhigen, sondern auch alle bürgerlichen Verhältnisse in Verwirrung bringen. Misshandlung des Geistes fordert die Sühne des Gesetzes heraus. In den neuen Gesetzen sind aber nicht blos Strafen gegen einzelne Vergehen angebracht, sondern auch die Fälle vorhergesesehen, wo in durchgreifender Weise gegen Kirchendiener vorgegangen werden müssen, deren Verbleiben im Amt mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erscheint.

Die neuen Kirchengesetze haben bindende Kraft für die Regierung, wie für die Geistlichkeit des Landes. Wie die Lehre verpflichtet ist, ihnen Gehorsam zu leisten, so fällt den Behörden die Verantwortlichkeit für ihre gewissenhafte Ausführung zu, und keine Rücksicht kann sie von der selben entbinden.

Es bleibt daher den Bischöfen keine Aussicht, die Gesetze rückgängig zu machen oder deren Wirksamkeit zu vertilten. Wenn sie in ihrer Unbotmäßigkeit verharren, so verfallen sie nicht nur den angedrohten Strafen und bestreiten den Bruch mit der weltlichen Obrigkeit, sondern sie schädigen auch das Ansehen und die Macht der eigenen Kirche, welcher immer weitere Kreise der Bevölkerung entfremdet werden.

[Die zwei Landräthe] können noch immer nicht zur Ruhe kommen: Man hat nun endlich heraus, warum die Landräthe von Gottberg und von Woedke zur Disposition gestellt sind. Die „Westph. Volksztg.“ erzählt die Geschichte ausführlich. Fürst Bismarck hat bei dem Minister des Innern um ihre Entlassung gebeten, um „seine gesellschaftliche Stellung zu verbessern“. Dem Reichskanzler geht es nämlich in Barzin recht übel. Die circa 100 Männer im Kreis Schlawe, zu dem Barzin gehört, sind meist im Besitz alteconservativer pommerscher Familien, und die lassen es den Eindringling weidlich fühlen, daß er „mit all seinen früheren Grundsätzen und Freunden gebrochen hat“. Imponiren durch den Namen Bismarck lassen sie sich durchaus nicht, denn „Bismarck“ giebt es in Pommern eine ganz hübsche Zahl und Grafen ebenso, so daß, als Graf Bismarck Barzin übernahm, er von dem Adel dieses Kreises als Gleicher unter Gleichen aufgenommen wurde.“ In den Augen dieser pommerschen Justiz steht Einer gleich hoch, mag er im Kreis Schlawe seine Felder oder in Deutschland ein großes Reich gebaut haben, wenn er nur von der Kaste ist. Diese aber hat Bismarck tödlich beleidigt, indem er mit den Altkonservativen brach. Aber sie entglitten es ihm. Auf dem Lande, wo Alles auf den Verkehr mit den Nachbarn und Standesgenossen angewiesen ist, stellen sie sich mit ihm auf gespannten Fuß. Sie verschmähen seine Gesellschaft, er fühlt sich isolirt, ja so peinlich ist seine Lage, daß er es selbst nicht wagen darf, an den Kreistagsverhandlungen und anderen Vereinigungen des Landadels teilzunehmen, um nicht unangenehme Bemerkungen zu hören. Um sich nun etwas Lust zu machen, hat er die beiden bösen Landräthe in seiner nächsten Nähe entfernt. Aber er hat sich dadurch — in „Pommern, wie man zu sagen pflegt, un möglich gemacht.“ — Vielleicht wird der arme Reichskanzler noch auswandern müssen, um in irgend einem andern Winkel Deutschlands gute Nachbarn und eine bessere gesellschaftliche Stellung“ zu finden.

[Zur Auswanderungsfrage] schreibt man der „K. Z.“ von hier: Aus Amerika sind wiederholte Andeutungen gekommen, welche geeignet scheinen, die jetzt so viel besprochene Auswanderungsfrage in einem neuen Lichte aufzufassen. So weit es sich um katholische Emigranten handelt, wird nach Mittheilungen, welche wir für zuverlässig halten, von der katholischen Geistlichkeit in Nordamerika die Verlockung zur Überflederung förmlich systematisch betrieben. Von Jahr zu Jahr führt der ultramontane Clerus seinen politischen Einfluß erstärken, und durch die Herüberziehung weiterer Confessionsgenossen, welche man so rasch als möglich das amerikanische Bürgerrecht erwerben läßt (manchmal stimmt man auch ohne berechtigt zu sein mit), soll das katholische Votum immer mächtiger werden. In wieweit in den katholischen Gegendern Deutschlands diesen Bestrebungen durch die einheimische Geistlichkeit Vorschub geleistet wird, wäre wohl einer Untersuchung wert. Aus polnisch-rendenden Bezirken sind, wenn wir nicht sehr irren, schon Anzeichen einer solchen Beeinflussung bemerkbar geworden. Allerdings wird den geistlichen Politikern unter der Führung des Centrums dabei eine gewisse Einsagung zugemutet. Sie sollen Werkzeuge aus den Händen geben, welche ihnen bisher blind und gehorsam gedient haben; aber vielleicht hat ein höherer Wille beschlossen, daß die Herrschaft als Kirche in Amerika zunächst wichtiger ist und leichter zu erreichen, und so muss auch hier der deutsche Ultramontane gehorchen. Mit der Geschäftigkeit, welche der Ultramontanismus den politischen Dingen in den Vereinigten Staaten zuwendet, und den Erfolgen, die er schon erzielt hat, stimmt die Geringshaltung schlecht, welche manche amerikanische Politiker in der minderlichen Unterhaltung so wie in schriftlichen Ausserungen diesen Bestrebungen erweisen. Man will nicht gern eingestehen, daß in dem „freiesten Lande der Welt“ Dummett und Übergläubische noch einmal eine große Rolle spielen können, aber man vergift, daß von je her die blonde Masse in den Händen scharfsichtiger und rücksichtloser Führer ein furchtbare Waffe gewesen ist, wie der hölzerne Lanzenhaß der eisernen Spize erst Wucht und Kraft giebt. Und zur Verstärkung dieser Wucht wirkt man systematisch neue Zugläger sowohl in Irland als in den katholischen Provinzen Preußens. Wenigstens wird dies in Amerika mit aller Einschließlich behauptet.

[Das neueste Justiz-Ministerialblatt] enthält folgende Personal-

Veränderungen u. c. bei den Justizbehörden: Dem Appellationsgerichts-Büro-Präsidenten, Geh. Ober-Justizrat von Brauchitsch in Stettin ist die nachgeführte Entlassung aus dem Staatsdienste mit Pension zum 1. October d. J. erteilt. Den Appellationsgerichtsräthen Schmidt in Arnswalde, Stünde ebendieselbst, und Fraenkel in Posen ist der Charakter als Geh. Justizrat verliehen. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Kocholl in Hamm ist zum Appellationsgerichtsrath in Breslau ernannt. Bei den Kreisgerichten und den Amtsgerichten: Der Kreisgerichts-Direktor Bahlmann in Neustadt O.-Schl. ist in Folge seiner Ernennung zum Geh. Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten aus dem Justizdienste geföhren. Dem Kreisgerichts-Direktor v. Schmidt in Oppeln ist der Charakter als Geh. Justizrat verliehen. Mit Pension sind in den Amtsgerichten: der Kreisgerichtsrath Lorenz zu Königsberg in Rm. vom 1. September d. J. ab; ferner der Kreisgerichtsrath Stromholz in Rawicz vom 1. November d. J. ab, und der Kreisgerichtsrath Körner in Brieg vom 1. December d. J. ab. Der Kreisgerichtsrath Franke in Beeskow ist gestorben. Der unter Übertragung der Funktion eines Abteilungsdirigenten an das Kreisgericht in Posen. Wartenberg verließ Kreisrichter Stahr in Brieg ist zum Kreisgerichtsrath ernannt. Zu Kreisgerichtsräthen sind ferner ernannt: die Kreisrichter Mantell in Brilon, Graf in Walde, Brüsken in Fredeburg und Ott in Hedingen; die Kreisrichter Maedelburg in Inowroclaw, Schleifer in Hanau, Hasselburg in Marburg, Kersting in Cassel, Hellwig in Hanau, Collmann in Castell und Böller in Rothenburg; die Kreisrichter Wegner in Cöln, Hesse in Schwale und Eudel in Cölln; die Kreisrichter Rudolph in Königsberg i. d. Neumark, Lyon ebendieselbst, Strut in Landsberg a. d. W., Neumann in Seelow, Rosenfeld in Elster, Mayer in Landsberg a. d. W., Baehr in Zielenzig, Schmidt in Reez, Zeijermann in Bergen, Krech in Greifswald, Ecarius daselbst und Medem ebendieselbst; die Kreisrichter Demme in Heiligenstadt, Frick in Halberstadt, Klauer in Mühlhausen, Brendel in Halberstadt und Nebelung daselbst; die Kreisrichter Quindt in Böhm, Gödel in Soest, Schmieding in Witten, Melchior in Lüdenscheid, Gravert in Schwerin, Müller in Bochum, Brügmann in Essen, Uffel in Dortmund, Schroeder daselbst, Conbrück in Bochum, Uffel in Hagen, Holle in Hamm und Kottmann in Duisburg; die Kreisrichter Otterstein in Kautzen, Dobillet in Lüttich, Bauer in Isterburg, Roedenbeck in Billkallen, Goebell in Ragnit, Ruhau in Isterburg, Rubnick in Darkehmen, Holzheimer in Angerburg, Strebe in Lyck und v. Schäwen in Isterburg; die Kreisrichter Thomaseit in Allenstein, Leberson in Pr. Holland, Wiercioch in Wehlau, Wollschläger in Orlensburg, Pendl in Bartenburg, Rediger in Rößel, Menthof in Memel, Bellgardt in Wehlau, Meyhoffer in Orlensburg, Born in Wehlau und Blehwe in Fischhausen; die Kreisrichter Wendland in Stendal, Philler in Neuhausen, Schulte in Demmin, Lippmann in Greifswald, Schütte in Cammin, Siegert daselbst, Schlichting in Cammin und Freyer in Stargard. Der Charakter als Oberamtsrichter ist verliehen: den Amtsrichtern Göder in Hanau, Hirschfeld in Wittenhausen, v. Manger in Ursensberg, Föndy in Neuenburg, Merz in Hanau, Gagel in Neustadt, Heuser in Gelnhausen, Hatenbach in Wiederbach, Keyser in Bierenberg, Böde in Kassel, Wolzak in Spanenberg, Krey in Marburg, Sabath in Lippstadt, Schmieden in Wolschoten und Hille in Bergen. Berechtigt sind: der Kreisgerichtsrath Holzheimer in Angerburg an das Kreisgericht in Sensburg, mit der Funktion als Dirigent der zweiten Abteilung dieses Gerichts; der Kreisrichter Biel in Oster-Glogau an das Kreisgericht in Kojetz, der Kreisrichter Hausmann in Elrich als Amtsrichter an das Amtsgericht zu Neuhau a. d. Oste, der Amtsrichter v. Deiten in Freiburg (Pr. Hannover) an das Amtsgericht in Eyle und der Amtsrichter Voigt in Hagen (Pr. Hannover) an das Amtsgericht in Freiburg. Der Kreisrichter Höflicher in Waldenburg ist gestorben. Dem Amtsrichter Cordes in Burg auf Fehmann ist beißt seines Übertritts in den Dienst der Stadt Bremen die nachgeführte Entlassung aus dem Justizdienste erteilt. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Paulini in Gumbinnen bei dem Kreisgericht zu Stolzenburg, der Kreisrichter den Titel „Kreisgerichtsrath“ zu führen, der Gerichts-Assessor Schmidt bei dem Kreisgericht in Rogasen, der Gerichts-Assessor Möller bei dem Kreisgericht in Wehlau, mit der Funktion bei der Gerichtscommission in Allenburg. Der Gerichts-Assessor Schröder ist zum Amtsrichter bei dem Amtsgerichte in Hagen (Pr. Hannover), und der Gerichts-Assessor Schellenberg zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Battenberg ernannt. Staatsanwaltschaft. Der Staatsanwaltsgehilfe Leopold in Anklam ist zum Staatsanwalt in Cammin für die Bezirke des Kreisgerichts in Cammin u. Greifswald ernannt. Rechtsanwälte, Advocaten und Notare. Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Martens in Danzig ist der Charakter als Geh. Justizrat, und dem Rechtsanwalt Stephan in Treysa der rothe Adlerorden 4. Klasse mit der Zahl 50 verliehen. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Jahr in Spandau und Notar Quirin in Xanten sind gestorben. Der Charakter als Justizrat ist verliehen: den Rechtsanwälten und Notaren: v. Gostkowski

hat zwischen den Stationen Gr. Stüblau und Schwarzwasser auf freiem Felde, nicht bei einer Brücke, wie mehrheitlich gemeldet, stattgefunden. Die vorgelkommenen Verlegerungen beschränken sich, wie aus authentischer Quelle mitgetheilt wird, auf einen Einbruch, den ein Postbeamter aus Königsberg erlitten hat; außerdem haben vier Passagiere Contusionen davongetragen. Von dem Fahrrpersonal ist Niemand beschädigt.

Kiel, 19. August. [Der Regierungserlaß.] Aus einer Quelle, welche wir für gut unterrichtet halten, erfahren wir, daß Präsident Bitter nicht allein für den bekannten Erlaß gegen die „Landespartei“ verantwortlich gemacht werden kann. Dieser Erlaß soll nämlich nach sehr lebhafte Discussion aus einem Plenarbeschuß der Schleswiger Regierung hervorgegangen sein; diejenigen Stimmen in der Regierung, welche gegen den Erlaß gesprochen haben, sind in der Minorität geblieben. Wie stark diese Minorität war und aus welchen Beamten sie bestand, ist uns nicht bekannt geworden. Es genügt auch, die interessante Thatsache zu constatiren, daß innerhalb der Regierung selbst die Ansichten hinsichtlich eines für die Landespartei zu erlassenden — Reclame weit auseinander gingen. (Kieler Blg.)

Schleswig, 20. August. [Der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen] der an Bord Sr. Majestät Dampf-yacht „Grille“ heute Morgen 8½ Uhr in Eckernförde eingetroffen war und von hier aus dem Herzog von Holstein-Glückburg in Lousenlund einen Besuch abgestaltet hatte, ist Mittags über hier nach Föhr weitergereist.

Holzland, 18. August. [Prompte Justiz.] In der vorletzten Nacht war hier durch die Polizei des englischen Gouverneurs eine Spielbank aufgehoben und der Bestand derselben, der dem Vermehmen nach 3—4000 Lstr. betragen haben soll, konfiscat worden. Schon am folgenden Tage war das Erkenntniß des Gerichtshofes des Gouverneurs an den Straßen-Ecken angeschlagen, welches dahin lautete, daß jeder der bei der Aufhebung der Spielbank betroffenen Herren in eine Strafe von 50 Lstr., der Gastwirth aber, welcher das Spiel geduldet, in eine Strafe von 100 Lstr. genommen sei; außerdem wären die betroffenen Fremden sofort von der Insel verwiesen worden. Heute Nachmittag sind die gleichfalls konfiscirten Spielgerätschaften von den englischen Beamten öffentlich am Strand unter grohem Zudrang der Fremden wie der Einheimischen verbrannt worden. Ein solches energisches und schnelles Eingreifen der Polizei und des Gerichtshofes hat unverkennbar großen Eindruck gemacht, namentlich bei denjenigen Ausländern, welche sich dahin nicht einer so prompten Justiz zu erfreuen haben. (N. Pr. 3.)

Aus Mecklenburg-Schwerin, 14. August. [Ein neuer Leichenwagen-Conflict.] Man schreibt der „Woss. Blg.“: Ein neuer Leichenwagen-Conflict, ähnlich, wie er im vorigen Jahre in Lübz spielte, bereitet sich jetzt in der Stadt Schwaan vor. Dort ward vor einiger Zeit von einem Bürger ein Leichenwagen angeschafft und für Beerdigungen zu einem billigen Preise zur Verfügung gestellt. Vor Kurzem wurde dieser Wagen bei der Bestattung einer jüdischen Frau benutzt. Hieron nahm der Pastor primarius Müßelman zu Schwaan Anlaß, den Eigentümer des Wagens vor sich zu besehen und ihm zu eröffnen, daß er, der Pastor, darauf dringen müsse, daß der Leichenwagen künftig nur für christliche Leichen benutzt werde. Das Mittel, welches der Pastor im Hinterhalt hat, um sein Verlangen durchzusetzen, wird wohl dasselbe sein, welches im vorigen Jahre der Präpositus Dabelstein zu Lübz unter dem Bestand des großzügigen Oberkirchenrates zur Anwendung brachte: die Versagung der Assistenz bei Beerdigung von Christen, wenn bei derselben ein auch für jüdische Leichen zur Verfügung stehender Leichenwagen benutzt wird.

Braunschweig, 16. August. [Die Socialdemokraten.] Ganz wie im vorigen Jahre versucht die hiesige Socialdemokratie auch diesmal die Feier des 2. September, die im großerartigsten Maßstabe beabsichtigt wird, zu verhindern. Doch dürfte der hiesige „Volksfreund“ den nahe bevorstehenden Festtag und seine Festesfreude ebenso wenig zu trüben im Stande sein, wie den im vergangenen Jahre. Mag man wiederum mit einer Gegenseite der Arbeiter am selben Tage mit einem Aufzug mit rothen Fahnen drohen oder gar den thätilichen Angriff auf den offiziellen Festauszug wiederholen, die Bürgerschaft wird sich auch in diesem Jahre nicht nehmen lassen, selbst jeder solchen Gegendemonstration geziemend entgegen zu treten und mit eigner Hand den Ruhesören fühlbar und nachdrücklich ihr Handwerk zu legen. Während der Festplatz der Sedanfeier von nahezu 25.000 Menschen besucht war, hatte die socialdemokratische Gegenfeier kaum soviel hundert Theilnehmer und während das damals wenige Tage vorher gebildete Bürgercomitee die Gelder so zahlreich zugesandt erhielt, daß noch ein Überschuß von 300 Thlr. zum heutigen Volksfest vorhanden ist, zeigte sich für die Gegendemonstration selbst unter der sonst sozialdemokratisch gesinnten Arbeitervölkerung kein Anlang. Der Magistrat wird wahrscheinlich dieselben Anordnungen, wie im vorigen Jahre treffen und die Stadtverordneten werden gewiß in gleicher Einmuthigkeit — abgesehen von den drei Internationalen unter denselben — der städtischen Behörde die nötigen Mittel gewähren, um die Feier eine allgemeine werden zu lassen. Die Schulen und höheren Unterrichtsanstalten werden bis auf das Collegium Carolinum, dessen Director, v. Dedekind, schriftlich erklärte, zu einer solchen Feier nicht die Hand bieten zu können, an dem Umzuge beteiligt sein, wie auch in sämtlichen Kirchen am frühen Morgen die Einleitung der Feier stattfinden wird. (B. 3.)

Leipzig, 17. Aug. [Erstes mitteldeutsches Bundeschießen.] Begünstigt vom herrlichsten Wetter hat heute in unserer Stadt das erste mitteldeutsche Bundeschießen in Verbindung zugleich mit dem dritten Leipziger Preischießen begonnen. Schon am gestrigen Vormittage kamen die Schützenbrüder aus allen Theilen Deutschlands hier an; Nachmittags gegen 6 Uhr betraten in wohlgeordnetem Zuge unter Vortritt eines Musikkörpers die Berliner Schützen in ziemlich beträchtlicher Anzahl die Stadt. Abends fand die Begrüßung der Angelommenen im (alten) Schützenhause statt, und zwar durch den Vorstand Herrn Trieschler, worauf sofort zur Erledigung der Tagesordnung für die Generalversammlung des mitteldeutschen Schützenbundes getreten wurde. Der vorgetragene Rechenschaftsbericht weist eine Zahl von 619 Mitgliedern und eine Einnahme von 309 Thlr. nach. Die Ausgaben beliefen sich auf 89 Thlr., so daß der Ueberschuß 220 Thlr. betrug. Der Vorschlag, von letzteren 200 Thlr. als Preise für die beiden Bundesfestsschießen („Deutschland“, „Feldschieße“, und „Heimat“), Standfestsschieße zu verwenden, fand allseitige Annahme. Die Wahl des nächsten Festortes wurde, nachdem Magdeburg abgelehnt, dem Vorstande zur eigenen Entscheidung anheimgegeben. Nach Erledigung der Tagesordnung ging man zum geselligen Theil über, und zwar begrüßte zunächst Herr Steinmann (Leipzig) die fremden Gäste in einer Ansprache, welche Dr. Lindow (Berlin) unter allgemeinem Beifall erwiderte. Die „Biedertafel“ trug in bereitwilliger Weise zur Erhöhung der Feststimmung bei. Heute Vormittag begann das eigentliche Fest im neuen Schützenhause, dessen Schiehhalle sich gegen 11 Uhr ziemlich gefüllt hatte; bald donnerte es unaufhörlich auf der ganzen Linie, denn alle 19 Scheiben waren von den Schützen belegt. Die Zahl der überhaupt anwesenden Schützen dürfte mit nahezu 500 kaum zu hoch gegriffen sein. Unter den eingestandenen Preisen befinden sich kostbare Vasen, Gläser mit Besteck, silberne Tassen, Hinterläden, neuesten Systeme, Service, Uhren &c. Alle Preise waren nebst dem kostbaren, an Antiquitäten reichen Silberschatz der Leipziger Schützengesellschaft im Gabentempel aufgestellt. Die eingetretene Mittagspause wurde durch ein Festbankett in der Schiehhalle ausgefüllt, das außerordentlich zahlreich besucht war und durch Toaste ernster und humoristischer Art gewürzt wurde. Herr Trieschler (Leipzig) brachte den Toast aus auf das deutsche Vaterland, den Kaiser Wilhelm und den König

Johann. Sr. Höller toastete auf die Stadt Leipzig, Sr. Steinmann (Leipzig) auf den mitteldeutschen Schützenbund, Sr. Krebschmar (Dresden) auf Leipziger Schützenbrüder und Leipzig als Feststadt, Stadtverordnetenmeister Steyer Götz aus Leipzigs Gäste, die Schützen, Dr. Lindow (Berlin) im Anschluß an ein Lied auf die Vorlehrungen und Einrichtungen zum Feste und auf den Vorstand des mitteldeutschen Schützenbundes, während Herr Schäfer (Berlin) den Ehrenbürgern der Stadt Leipzig, den Reichskanzler Fürsten Bismarck hoch leben ließ. Unter allgemeinem Beifall wurde ein Telegramm an den Reichskanzler entworfen und abgesandt, dessen Inhalt folgender war: „Den dem mitteldeutschen Bundeschießen in Leipzig versammelten Schützenbrüder begrüßen den Reichskanzler und Ehrenbürgern der festlegenden Stadt Leipzig.“ In den Nachmittagsstunden entfaltete sich ein Leben auf dem Schieß- und Festplatz, das den Charakter eines Volksfestes an sich trug. Es concertierte zwei Musikkörper. Tanzplätze im Freien, Würfelspielen, Karussells u. s. w. trugen an ihrem Theile zur Unterhaltung und zum Amusement der Festteilnehmer bei. Die Zahl der an den Scheiben thätigen Schützen betrug bis zur 4. Nachmittagsstunde 430. (Dresd. Journ.)

Oberursel, 16. August. [Katholische Volksversammlung.]

M. J. wird von hier berichtet: „Heute Nachmittag hat eine zahlreiche Volksversammlung hier stattgefunden. Es sprachen in derselben Graf Walderdorff, der die Versammlung eröffnete, Falt von Mainz über die Vereine, Caplan Wassermann von Offenbach über die sociale Bedeutung des Christenthums, Bürgermeister Raab von Kirdorf über die Wahlen, Dr. Noddy aus Bornheim über die Presse, Haist aus Frankfurt über die „Verküpfung unserer Zustände“, endlich Rack aus Mainz über die Staatsgefährlichkeit des Katholizismus, namentlich der Unfehlbarkeitslehre. Die Versammlung war etwa 1000 Mann stark, und steigerte sich die „Begeisterung“ von Rede zu Rede, bis sie ihren „Exaltationspunkt“ in einem am Schlusse der Versammlung ausgebachten Hoch auf Pius IX. sand. An die Versammlung schloß sich eine gemeinsame Procesion nach der Kirche, woselbst das Te Deum angestimmt wurde.“

Straßburg, 16. August. [Die aus Paris ausgewiesenen Deutschen.]

In Paris und in Frankreich überhaupt, schreibt die „Straß. Blg.“ macht sich neuestens eine bisher weniger beachtete Folge des sinnlosen und gehässigen Verfahrens bemerkbar, das man dort beim Ausbruch des Krieges 1870 gegen die sich in Frankreich aufhaltenden Deutschen einzuschlagen beliebte. Eine erhebliche Anzahl gewaltsam ausgewiesener deutscher Industrieller, Fabrikdirektoren, Werkführer, Boxarbeiter und Arbeiter hat Gelegenheit gefunden, sich in Deutschland neu emporzuarbeiten, teilweise sich selbstständig zu etablieren oder bestehende Geschäfte in erhöhten Schwung zu bringen. So etablierte beispielweise der Werkführer einer berühmten Pariser Wagenfabrik in der Nähe von Frankfurt a. M. ein glänzend aufblühendes Haus im gleichen Geschäftszweige. Deutsche Sattlergehilfen, aus Paris verjagt, können sich mehrfach ähnlicher Erfolge in ihrem Vaterlande erfreuen. Für England und den Export machte man zu Paris in Meerschaumpfeifen große Geschäfte. Die aus Paris vertriebenen deutschen Arbeiter, die darin das Beste lieferen, sind jetzt in Bayern ansässig und machen den französischen Fabrikanten eine durchaus gelungene Konkurrenz. Denn es ist begreiflich, daß die aus Frankreich zu und zurückgekehrten deutschen Industriellen sich die ihnen bekannt gewordenen Absatzquellen, europäische wie überseeische, ihrer früheren französischen Prinzipale zu Nutzen machen, wie denn die Darmstädter Hutfabrikation diesen Export schon jetzt zum größten Theile an sich gezogen hat. Vielleicht werden die Franzosen auf dem industriellen Gebiete zuerst gewahrt werden, von welcher Thorheit sie sich im Jahre 1870 zu Handlungen fortreißen ließen, von denen sie nebenbei bemerkte, doch schwerlich behaupten werden, daß Napoleon III. dabei der allein oder vorzugsweise Schuldige war.

### Ö ster r e i ch.

Wien, 19. August. [Ö sterreich und Russland.] Sehr unangenehmes Aufsehen in verfassungsfreundlichen Kreisen erregt hier ein Artikel der „Russischen Welt“ aus der Feder des Generals Fadjeff, des bekannten Ö sterreicherfressers; in demselben ist gesagt:

„Seit dem Besuch des Kaisers Alexander in Wien bieten sich für Ö sterreich zwei Eventualitäten dar: entweder es erstarlt im Innern, und dann wächst auch seine Bedeutung nach Außen, oder aber Ö sterreich geht auf der jetzigen falschen politischen Bahn weiter, und dann bereitet es sich neue Verlegenheiten im Innern, die nicht nur seine Kraft schwächen, sondern auch die beiden andern nordischen Cabinetts stützig machen. Von Krisis zu Krisis kann Ö sterreich zuletzt in die secundäre Stellung der Türkei gelangen...“ Augenblicklich sei Ö sterreich gegen Russland aufrechtig; die Zukunft Ö sterreichs sei aber nur dann gesichert, wenn es sich auf den Boden des föderalistischen Conservatismus stellt: ein großes compactes föderalistisches Ö sterreich allein könne für Russland und Deutschland ein aufrichtiger und nützlicher Nachbar sein, und damit sich ein solches Ö sterreich bilden, müsse das Ministerium aus den Reihen der conservativen Opposition genommen werden, nicht aber aus den Reihen einer deutschgeformten Minorität. Das seien die Bedingungen, welche Ö sterreich erhalten müsse, wenn Russland und Deutschland (1) ihm ihre aufrichtige Freundschaft zuwenden wollen. Ö sterreich „müsste“ aber die neuen Wege bald, und zwar noch vor der Reise des Kaisers Franz Joseph nach Petersburg betreten.“

Wien, 19. August. [Die vom Handelsminister betreffs der Karl-Ludwigsbahn angeordnete Untersuchung.] In welcher über die Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank verhandelt werden soll, wurde Tolsá zum Präsidenten der Volksversammlung designiert und beschlossen, den Antrag Horn's auf Errichtung einer selbständigen ungarischen Bank aufrecht zu erhalten.

Gastein, 20. August. [Se. Majestät der Kaiser Wilhelm] wird heute in Hof Gastein beim deutschen Botschafter in Wien, Generalleutnant v. Schweinitz, das Diner einnehmen. Letzterer wird morgen von hier nach Wien zurückkehren.

### S ch w e i ß.

Bern, 20. August. [Verträge. — Kirchliches.] Der am 7. d. Ms. in Basel abgeschlossene Vertrag über Errichtung einer deutschen Zollstätte auf dem Baseler Centralbahnhof ist seitens des Bundesrates genehmigt worden. — Die Regierung von St. Gallen hat nach längerer Debatte beschlossen, den Besuch des geistlichen Exequitien in Mehrerau zu untersagen.

### F r a n k r e i ch.

\* Paris, 18. Aug. [Über den Stillstand in der Fusionbewegung] schreibt man der „A. Z.“: Im ersten Augenblick hatte die Nachricht von der Unterwerfung des Grafen von Paris und der übrigen Prinzen von Orleans einen, wenn man so sagen kann, betäubenden Eindruck gemacht, und da man annehmen mußte, daß die Royalisten rasch vorwärts gehen würden, so war eine allgemeine Entmuthigung eingetreten, ja, selbst ein großer Theil der Radikalen hielt es für nicht unmöglich, daß der „Roy“ wieder zurückkommen werde. Die Sache zog sich aber in die Länge und man gewann Zeit zum Überlegen, und heute herrscht fast allgemein der Glaube, daß Henri V. auch in Zukunft in Frohsdorf „seine königlichen Rechte“ anzutreten gezwungen sein werde. Die Haupthandlung, daß man nicht sofort zur Ausführung der royalistischen Pläne schritte, läßt wieder Henri V. Als man von demselben verlangte, sich dazu zu bequemen, ein Manifest

zu erlassen, welches ihm zum wenigsten die Anhänger der konstitutionellen Monarchie gewinnen könnte, erhob er Schwierigkeiten, und die Zeit verzögerte, so daß die Hauptmasse der liberalen Royalisten zur Befinnung kam und diese heute unter keinen Umständen ihre Zustimmung zur Wiederherstellung einer Monarchie geben will, wie Chambord sie beabsichtigt. Diese Stimmung der Anhänger der konstitutionellen Monarchie (vor der Unterwerfung des Grafen von Paris unter den „Roy“ nannte man dieselben Orleanisten) wird natürlich auf ihre Freunde in der Kammer nicht ohne Einfluß bleiben. Unter denen, welche sich mit aller Macht gegen die Rückkehr des „Roy“ erheben, befinden sich sogar viele intime Freunde der Familie Orleans, wie z. B. de Lasteyrie, der früher Stallmeister des Herzogs von Orleans, des Vaters des Grafen von Paris, war, und der am 24. Febr. 1848 die Herzogin von Orleans und ihren Sohn nach der Kammer geleitete und, als dieselbe sich gegen sie aussprach, mit Gefahr seines Lebens Beide nach der Grenze brachte. Was den Fusionisten noch besonders schadet, ist die tiefe Verachtung, in welche der Graf von Paris durch die Verleugnung seines Urgroßvaters, seines Großvaters und Vaters gefallen ist. Der Volkswitz rächt sich schon heute an ihm. Man nennt ihn nämlich Monsieur de Paris, welchen Namen bekanntlich der Herr von Paris führt. Man meint, er sei noch schlimmer als dieser; jener brandmarkt nur die von den Gerichten Verurteilten, während der Graf von Paris seinen Vater und Großvater an den Schandpfahl zu nörgeln versucht habe.

[Zur Fusion. — Ultramontane Hoffnungen.] Aus den constitutionellen Blättern blickt, was die Fusion betrifft, wieder hier und da ein verschämter Hinweis auf gegenseitige Nachgiebigkeit, im Ganzen aber halten sie sich sehr ruhig, weil über den augenblicklichen Fortgang der Sache nichts besonders Gläubiges zu berichten wäre. Die legitimisten sind starrer als je, und sie nehmen von den etwaigen Ansprüchen der Orleanisten so viel Notiz, wie der Wolf in der Fabel von denen des Fuchses. Höchstens werden denen, die zur Vorstige und gegenseitigen Versöhnlichkeit mahnen, Vorwürfe gemacht. Das „Univers“ sagt gestern dem „Français“ gerade heraus: „Es ist augenblicklich, daß in den Augen gewisser Journale die Zusammenkunft in Frohsdorf, statt den Anschluß des Grafen von Paris an den Grafen von Chambord zu sichern, in Wirklichkeit die Abdankung des letzteren zu Gunsten der Julimonarchie herbeiführen sollte. Sie wissen jetzt, daß ihre Hoffnung eitel ist.“ Alle Welt weiß, daß das „Univers“ hier mit schweren Vorwürfen in der That die wunde Stelle der Orleanisten, den Hintergedanken bloßlegt, welcher sie beim ersten Eingehen auf die Fusion leitete. Aber wie man sieht, es geht ohne Umstände über denselben zur Tagesordnung über; es hält die Restauration Henri's V. für so unvermeidlich, daß es sie in einem dithyrambischen Artikel feiert. Ein ist der „Roy“ schlechtbin, der König für ganz Europa gesunden, der Vertreter des Rechts gegenüber aller Tyranne, die in der Welt vorhanden ist. Der Fanatiker, der diese Dinge schreibt, sitzt nicht im hohen Rathe der leitenden Clerikalen, er ist ein Werkzeug, welches als Posaune dient. Aber auch als solches hat er Interesse, indem er nach die Anschauungen und Hoffnungen wiedergibt, welche seine Partei bewegen: Sturz des Ministeriums Andrassy, Allianz mit Ö sterreich, dem der Papst die Hände auflegt, ein System wie das des alten Metternich, aber diesmal mit französischer Spize, die Vernichtung Deutschlands von innen heraus als Bedingung für die Weltherrschaft des Ultramontanismus: das sind die Siege, von denen die Genossen Buillon's träumen. Und daß man sie alle an die Fusion knüpft, zeigt, wie sehr Rom für dieselbe interessirt ist.

[Die Netze des Herrn Thiers] gestaltet sich zu einem wahren Triumphzuge. Die Bedeutung des Expräsidenten in Paris mag nicht so groß sein, wie sie von seinen Anhängern dargestellt wird; dagegen sind diese Demonstrationen im Osten wirklich ernsthaft zu nehmen. Sie machen der Regierung höchst unbehagliche Stunden, und nach dem, was man hört, dürfte in der That von den östlichen Departements noch am ersten ein ernstlicher Widerstand gegen die Restauration zu erwarten sein. Unter den Republikanern bahnt sich ein enges Bündnis zwischen Radikalen und Gemäßigten an. Den Royalisten gegenüber hat es eigentlich immer stillschweigend bestanden, und wenn es jetzt formell von beiden Theilen anerkannt wird, so ist damit nicht viel an der Sachlage geändert. Das Einzige, worauf es ankommt, wäre die Heranziehung der Centrumsmänner zu demselben, und gerade unter diesen werden viele sein, für welche das Zusammengehen mit den Radikalen eher als Schreckmittel dient.

[Personalien. — Wallfahrten.] Der Herzog von Nemours ist zum Gurgebrauch in Euchon eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich sein Sohn, der Graf d'Eu, und dessen Gemahlin, die kaiserliche Prinzessin von Brasilien. — Der Herzog von Chartres und der Herzog von Montpensier sind am Sonnabend Abend in Dieppe angekommen. — Die Musik des 8. Infanterie-Regiments hat sich von Calais nach Boulogne begeben, um bei der Procesion aus Anlaß der Wallfahrt nach Paris mitzuwirken. — Von Reims sind heute früh mit Exequien 1600 Wallfahrer nach Notre Dame de Liesse abgegangen.

### S p a n i e n.

Madrid. [Dreizig zurückgetretene Artillerie-Offiziere] haben bei der Regierung ihre Wiederansetzung nachgesucht, weil einige ihrer Kameraden durch ihren Eintritt in die Scharen des Radikalen-Parteienten die allgemeine Pebereinkunft des Artillerie-Offiziercorps gebrochen hätten. Die Regierung hätte übrigens schon längst den durch die Ansstellung des Generals Hidalgo beworbenen und aus den Reihen des Königspaares erzielten Streit mit den Artillerie-Offizieren beendet. Bei allen Gelegenheiten hat es sich herausgestellt, daß die zu Offizieren beförderten Sergeanten und Unteroffiziere der Artillerie ihre Posten nicht wahrzunehmen wissen. Die Verhinderung der von den Radikalen bedrohten Stadt Bilbao haben, da sie diesen Mangel sehr empfanden, den Beschluß gefasst, ausländische Artillerie-Offiziere zum Eintritt in den spanischen Dienst aufzufordern.

[Von der Flotte.] Es war eines der spanischen Kriegsschiffe, die „Gadit“, welches, in der Bucht von Ecombreras liegend, durch einen Kanonenbeschuß von Cartagena her so schwer beschädigt wurde, daß es sich aus dem Bloktrungsgefecht zurückziehen mußte. An seine Stelle wird jetzt die Fregatte „Carmen“ treten, welche auf dem Wege nach Cartagena schon an Gibraltar vorbeladen ist. Den Radikalen ist es gelungen, den „Mendez Nunez“, der bei dem Besuch, die „Victoria“ und „Almansa“ wieder zu erobern, gestrandet war, wieder flott zu machen, und sie haben dieses Schiff mit der „Numancia“ am Eingange des Hafens von Cartagena Stellung nehmen lassen.

[Von der Lage des spanischen Schatzamtes], die in hohem Grade durch eine vom Finanz-Minister vorgeschlagene Maßregel verschärft wird, entworfene Briefe, welche der „Times“ unter dem 7. d. Ms. von hier zugegangen, ein bellengewebtes Bild. Vor einigen Wochen hatte die Regierung eine Zwangsverlängerung aller bis zum 31. Juli fälligen Accepte und Verbindlichkeiten des Schatzamtes zu einem Jahreszinsfuß von 12 p. G. auf zwei Monat angeordnet.

Hierauf verfügte Carvalal, daß diejenigen, welche bei einem bestimmten Tage diesem Aufschluß nicht zugestimmt hätten, aller Ansprüche auf Zinsen verlustig gehen sollten. Nun hat die National-Versammlung am 6. d. Ms. eine andere Gesetzvorlage genehmigt, welche dieselbe Verlängerung auf alle im August und September fälligen Regierungs-Accepte und Verbindlichkeiten ausdehnt. Gleichzeitig hat der Minister die spanische Bank angewiesen, Niemandem die Garantien auszuhändigen, welche auf dort hinterlegte Wechsel angewiesen sind. Diese Maßregel wird selbst von republikanischen Blättern für unzulässig erklärt, und die dadurch verursachte Erbitterung wird durch die Thatsache vergrößert, daß ähnliche in Frankreich und anderwärts, wo die Regierung keine Jurisdiction hat, hinterlegte Garantien den Reclamanten bereitwillig ausgehändigt werden. Durch ein anderes Decret der National-Versammlung sind neue Maßnahmen bezüglich der in der Depositenkasse hinterlegten Summen getroffen worden, durch welche den Einlegern ein weiterer Verlust eines Drittels erwächst; die Regierung hat somit den Besitz einer Menge Obligationen der inneren Schuld, die daselbst als Garantie hinterlegt sind, erworben, welche nun nach Paris als Sicherheit für ein sofortiges Anlehen von 50,000 £. für die dringendsten Bedürfnisse gesandt wurden. Seitdem obige Klagen laut geworden, hat sich die Regierung jedoch mit den Staatsgläubigern auf Unterhandlungen eingelassen, welche jene Maßregeln mildern sollen.

### Großbritannien.

**London, 18. August.** [Aus dem Ministerium.] Der „Observer“ sucht den noch immer lebhaften Streit, ob Gladstone als Schaplancier sich einer Neuwahl zu unterziehen habe oder nicht, dadurch abzuscheiden, daß er verkündigt, der Premierminister habe sich bei den erfahrensten Juristen Rath geholt und dieser sei zu Ungunsten der Neuwahl ausgesessen. Daher habe sich Gladstone entschlossen, seine Wähler nicht nochmals zu belästigen, möchten sich seine Feinde dem auch noch so sehr widersezen. Um ja keinen Zweifel über seinen Entschluß obzuwalten zu lassen, werde er seine Übernahme des neuen Amtes dem Sprecher gar nicht anzeigen, so daß der Ausschreibung einer Neuwahl jede Möglichkeit abgeschnitten wäre, wenigstens bis das Parlament wieder zusammentritt, was es in seiner jetzigen Zusammensetzung vielleicht nicht mehr thun wird. Da sich die Amtsgeschäfte Gladstone's mit Übernahme des neuen Postens merklich vermehrt haben, so hat er sich zwei neue Privatescretäre zugesellt, nämlich G. W. Hamilton und den ehrenwerten Spencer Lyttelton. Lord Aberdare, weiland als Herr Bruce Minister des Innern, jetzt Präsident des Staatsrates, hat Sir Bruce Seton zu seinem Privatescretär ernannt.

[Parteirath in Chiselturst.] Es wurde bereits angekündigt, daß neben äußeren Feierlichkeiten, welche am Napoleonstage zur Aufführung gelangten, in Chiselturst auch die staatsmännische Arbeit nicht ganz vernachlässigt wurde. Es wurde unter Vorsitz der Kaiserin ein Parteirath gehalten, in welchem Rother das große Wort führte. Über das Ergebnis ist nur so viel zu berichten, wie die bonapartistischen Anführer zur Veröffentlichung für angemessen finden. Im Allgemeinen sprach man sich über die Schritte der Bourbonisten und Orleanisten einzustellen, doch ohne allzu große Bitterkeit aus, weil man die Ausführbarkeit der Fusion bezweifelt. Namentlich leugnete Rother ganz entschieden, daß das französische Volk sich je einen König würde aufdringen lassen. Würde der Versuch gewagt, dann müßte sich das Land in hellem Aufruhr erheben. Eine Veränderung würde es überhaupt nur nach günstig ausgesessenem Plebiscit zulassen. Und ein Plebiscit, führte der weiland Minister aus, kann nur für das Kaiserreich entscheiden. Unter jetzigen Umständen halten die Bonapartisten die Republikaner für ihre natürlichen Freunde, und von der anderen Seite wird dieses Gefühl wohl mit der Einschränkung erwiedert, daß die Freundschaft, wenn sie auch vorhanden, keine natürliche, sondern eine unnatürliche sei.

[Meeting von Eisenbahn-Beamten.] Heute ist ein neues Unzufriedenheits-Meeting zu melden. Diesmal sind es nicht Post- oder Polizeibeamte, die stereotyp gewordenen Symbole der Unzufriedenheit, sondern Eisenbahnbeamte, welche sich über ihr Schicksal beklagen. Und in der Hauptsache haben sie jedenfalls Recht. Abgesehen von den Lohnverhältnissen, die mitunter auch vieles zu wünschen übrig lassen, sind die vorgeschriebenen Arbeitsperioden von solcher Länge, daß sie Wachsamkeit schlechterdings nicht zu erwarten ist. Das Publikum, welches unter dem bestehenden System eben so schwer leidet, wie die Bramantselber, da ein wesentlicher Prozentsatz vor kommender Unglücksfälle der Überarbeitung der letzteren zugedacht werden muß, wird das Ansuchen auf Arbeitserleichterung jedenfalls warm unterstützen. Obgleich in der Versammlung mehrere größere Bahngesellschaften vertreten waren, wurde beschlossen, den Anfang mit einer Gesellschaft zu machen, deren Direction man eine Denkschrift angekündeten Inhalts vorlegen will.

[Die Wallfahrt nach Paray-le-Monial] verspricht sich zu einer großen ultramontanen Demonstration zu gestalten. Anmeldungen sollen, namentlich aus dem Norden Englands in weit größerer Zahl eintreffen, als erwartet wurde. Manchester allein meldete bisher gegen hundert Pilger an. Angesichts dieses Erfolges ist es erstaunlich, daß das Comitee die Billetpreise erhöht hat. Theilweise mag sich dies durch die nunmehrige Zulassung von Passagieren dritter Classe erklären. Anfangs nahmen die „Festordner“ nur zwei Classen in Aussicht. Die erste sollte 5 £., die zweite 3½ £. kosten; damit jedoch bei dieser religiösen Reise ja die Standesunterschiede recht deutlich markiert werden, und der Lord blauen Gehäuses oder der reiche Fabrikant bei seiner Demuthigung vor der heiligen Jungfrau ja nicht Gefahr laufe, mit seiner Waschfrau oder seinen Untergebenen in unangenehme Verhüllung zu kommen, ist der Anfang nun mehr auf drei Classen eingerichtet worden. Die erste Classe für beide Reisen kostet nunmehr 5½, die zweite 4 £. und die dritte 2 £. 16½ Sh. Zu gefüllten Leitern der zum großen Theil aus Convertiten — die ihren sprachwördlichen Eifer an den Tag legen wollen — bestehenden Expedition sind vierzig Priester aussersehen, die wiederum der Führung zweier Bischöfe, des neuernannten Bischofs von Salford Dr. Vaughan, und des Bischofs von Buxton Dr. Corinthwaite, unterstellt sind. Die englischen Pilger sollen nicht allein anbeten, der geheiligte Wohnort der seligen Maria Magdalena Alacoque soll vielmehr zum Schanplatz einer internationalen Zusammenkunft werden. Aus der Schweiz kommt ein Contingent meist dort ansässiger Engländer, aus Holland, aus Belgien sollen eigene Delegationen zugleich eintreffen, selbst Rusland soll einen Zug (im Ausland wohnhafter) Convertiten stellen, der nicht zahlreich werden wird, jedoch der Vollständigkeit wegen nicht fehlen darf.

### Provinzial-Beitung.

+ **Breslau, 21. August.** [Militärisches.] Heute Früh um 5 Uhr verließ auch das 2. Schlesische Grenadier-Regiment Nr. 11, und das 4. Niederschlesische Infanterie-Regiment Nr. 51, sowie die 1. provvisorische, die 2. leichte, und die 4. schwere Batterie des Schlesischen Feldartillerie-Regts. Nr. 6 unsre Stadt, um sich an den im Kreichenbauer-Kreise stattfindenden Herbstmanövren zu beteiligen. Die 2. schwere Batterie folgt morgen Früh noch nach. Die Truppen legen heute einen Marsch von

4 Meilen zurück, und wird die Artillerie in Hartau, Roberwitz und Rabelwitz, die Infanterie aber in Tschöbnau, Pasterwitz, Roberwitz, Wilschau, Schönbautz und Würchwitz nachziehen. Hier in Breslau ist nur ein aus sämtlichen hierorts garnisonirenden Regimentern zusammengesetztes Wachtkommando zurückgeblieben.

[Anerkennung.] In Anerkennung der bei der allgemeinen Schützen-Impfung bewiesenen Sorgfalt und Treue ist vom Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten dem praktischen Arzt Dr. Beigert hier selbst die große silberne Impfmedaille verliehen worden.

[Die Socialdemokraten unter sich.] Die neueste Nummer des „Neuen Socialdemokraten“ veröffentlicht folgendes Schriftstück: „Breslau, 12. August. Heute früh erhielten wir in unserer Cigarrerfabrik (Oto Deter, Friedrich-Wilhelmstraße) ein Circular mit der Unterschrift Oehme angefertigt, in welchem aufgefordert wurde, in der an demselben Tage stattfindenden Versammlung gegen Herrn Reinders als Vorsitzenden und für Reinders zu stimmen. Sollte der Vorsitz aber in die Hände von Reinders fallen, dann müsse man so lange Scandal machen, bis die Versammlung geschlossen oder polizeilich aufgelöst werde. Dies der Wahrliebste gemäß. Eduard Felsenberg.“ — Die Redaktion macht hierzu folgende Bemerkungen: „Die „ehrliche“ Partei ist in Eisenach auf Welt gekommen unter polizeilicher Geburtshilfe, dieser bourgeois-socialeistische Wechselbalg kann sich auch immer noch nicht ohne polizeilichen Schutz am Leben erhalten; daß aber den Gewalt, welche dem Arbeiters Interesse entgegenstehen, in dem Leben dieses Wechselbalgs gelegen ist, das ist wohl selbstverständlich, da derselbe das legitime Kind des deutschen Proletariats, den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein durch sein Schreien und Toben, durch seinen nichtsahnigen Hass und Neid zu beeinträchtigen sucht. — Die Freude der Gegner des All. deutschen Arbeitervereins wird aber über dies unwürdige Treiben nur von kurzer Dauer sein, da der Wechselbalg trotz aller Unterführungen radical Bourgeois an der Schwindsucht schwer erkrankt dar niedergeliegen. Neben diese Krankheit des sozialdemokratischen Wechselbalgs in einer der nächsten Nummern. — In derselben Nummer gibt Herr Maximilian Schlesinger einen Bericht, welchen wir entnehmen, daß schon Montag, den 11. August, die nach dem „Velociped“ berufene Zimmerer-Versammlung, in welcher Herr Kapell sprechen wollte, durch die Eisenacher gesprengt wurde, und daß in der Volksversammlung vom 12. August sich Eisenacher und Gewerbevereiner verbanden, um die Versammlung zu stören.“

### Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

August 20. 21.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Aufwind bei 0° . . . . .	331°/15	322°/11	322°/92
Luftwärme . . . . .	+ 14°/2	+ 13°/7	+ 11°/2
Dunstdruck . . . . .	5°/43	5°/28	4°/33
Dunsttägigung . . . . .	81 p.C.	82 p.C.	83 p.C.
Wind . . . . .	W. 2	S.W. 1	W. 1
Wetter . . . . .	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.
Wärme der Oder . . . . .		7 Uhr Morgens	+ 18°/2.

Breslau, 21. Aug. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 16 Em. U.-P. — M. — Em.

### Literarisches.

[Die Einrichtung, Verwaltung und Revision der Apotheken in den deutschen Bundesstaaten] nebst einer systematischen Zusammenstellung der das Apothekenwesen betreffenden, in Preußen, Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Gr.-H. Sachsen, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig erlassenen Gesetze, Verordnungen und Medicinal-Befreiungen, so wie Anleitung zur Prüfung der Arzneimittel auf Grund der Pharmacopoeia germanica zum Gebrauch für Medicinalbeamte, Aerzte und Droguisten von Dr. Eduard Wolf, Regierungs- und Medicinalrath, Breslau, Marusche u. Berendt. 1873.

Zu den vielen Fragen, welche das deutsche Reich innerhalb seiner Kompetenz zu lösen berufen und genötigt ist, gehört die sogenannte Apotheken-Frage nicht zu den letzten, sicher auch nicht zu den leichtesten, und jedenfalls zu den wichtigsten, denn sie berührt eben so wohl auf der einen Seite einen sehr wichtigen Theil der öffentlichen Gesundheitspflege, wie auf der anderen Seite die wichtige Frage der Gewerbebereitschaft, als welche sie in das Gebiet wohlverworbener Privatrechte tief einschneidend greift. — Es ist also gewiß verdienstlich, genau und präzis zusammen zu fassen, wie die Gesetzgebung in dieser Angelegenheit gegenwärtig überhaupt und besonders vergleichsweise in den verschiedenen einzelnen Staaten des deutschen Föderatiststaates liegt, von denen Einzelne sich schon bis jetzt einer ausgezeichneten Gesetzgebung in dieser Richtung erfreuen. Dieses Verbiest, eine solche einheitliche Darstellung zu geben, gebürtet dem Verfaßer unstreitig, und es ist auch natürlich, daß er sich bald Eingangs seines Werkes über die Frage der Aufhebung der staatlicherseits zu ertheilenden Concessionen ausspricht, und sich dabei streng auf die Seite Derer stellt, welche von Gewerbebereitschaft auf diesem Gebiete nichts hören wollen. — Man muß zugeben, daß diese Gründe Vieles für sich haben; nur hatten wir gewöhnlich, daß der Verfaßer bei dieser Auseinandersetzung etwas hoffnäher zu Werte gegangen wäre. Wenn er sagt, „in allen deutschen Bundesstaaten besteht gegenwärtig bei der Anlage einer Apotheke die Concessionspflicht, so ist das nicht richtig; es besteht nur die Pflicht, eine Concession nachzu suchen; und wenn er es ferner als „die Aufgabe der Medicinalpolizei“ hinstellt, „zu verbüten, daß durch Ausübung der Gewerbe das Leben und die Gesundheit Anderer nicht bedroht werden“, so glauben wir, daß das Gegenheil richtig ist, sie hat die Aufgabe, zu verbüten, daß sie bedroht werden; — und es gilt für die Medicinal-Polizei dasselbe auch gegenüber allen anderen Gewerben. Dagegen unterschreiben wir aus voller Seele den Passus: „die deutsche Apotheke in ihrer soliden Ausstattung, geregelten Verwaltung, mit ihrem wissenschaftlich ausgebildeten Personal und unter der Leitung eines Bestlers, dessen Bildung und Standesehrne ihn vor jeder Übertretung und Unstadsverleugnung zurückhalten, ist eine Musteranstalt, zu welcher das Publikum volles Vertrauen haben kann, und um welche uns andere Staaten mit Recht beneiden.“ — Es wäre beläuglungsverdächtig, wenn uns dieser Vortheil verloren gehen sollte.“ — Dies Alles ist unzweifelhaft wahr, und wir wissen und sehen sogar, daß in anderen Staaten, wie Frankreich (auch jetzt noch!) und England, die von Deutschen geführten Apotheken sich eines besonderen Vertrauens erfreuen, aber es will uns bedeuten, daß die Vortheil mit dem Aufgeben des Concessions-Gewanges durchaus nicht verloren gehen muß; daß mit diesem Aufhören das Aufsichts- und Revisions-Recht des Staates durchaus nicht aufgegeben wird und auch nicht aufgegeben werden darf; wir würden sogar glauben, daß beides noch wesentlich verschärft und vergrößert werden muß. Der Staat hat ja auch jetzt dieses Recht auf vielen Gebieten des bürgerlichen Verkehrs und läbt es direkt oder durch die Gemeinde mit großem Nutzen für das öffentliche Wohl aus und könnte es auch häufig mit noch größerer Energie thun. Ja wir behaupten und glauben unangefochtend noch mehr, „die Revision, wie sie gegenüber der concessionirten oder privilegierten Apotheke heut ausgeübt wird, erspart durchaus nicht immer und nicht überall ihren Zweck.“ Beweis dafür ist, daß das Publikum trotz derselben und sehr oft mit ganz richtigem Gefühl gute von schlechten Apotheken unterscheidet, und demgemäß frequentirt. Jedenfalls wollen wir also mit dem Verfaßer diese Einsicht — strenge Aufsicht des Staates über Apotheken, Revision derselben — Staatsprüfungen der Apotheker, wenn auch nur facultative, ganz ebenso wie gegenwärtig in Betreff der Aerzte — denen gegenüber die gegenwärtige Gesetzgebung sehr läudhaft geblieben und einer gründlichen Revision sehr bedarf ist, bei beobachten und glauben, daß damit das Nothwendige erreicht wird. Darum rechnen wir es auch dem Verfaßer als Verdienst an, daß er in seinem Werke eine gründliche Anleitung für die Revision der Apotheken gibt. — Der Theil, welcher von der chemischen Prüfung der chemischen Präparate, Extracte, Tincturen, und Salben handelt, halten wir in Bezug auf diese Revision für den allerwichtigsten; derselbe ist von unserem geschätzten Mitbürger, Herrn Apotheker Bluhm bearbeitet, und wir hätten darum, zumal es eine wirklich selbständige, initiativ Arbeit darstellt, gewünscht und es nicht für unbillig gehalten, wenn dieser Herr Mitarbeiter als Mitverfaßer des Werks auf dem Titel genannt worden wäre. Sein Verdienst bleibt jedoch hierdurch ungeschmälert, ebenso wie das des ganzen Werkes, welches jedem, der sich über die gegenwärtige Gesetzgebung in dieser Frage Kenntnis verschaffen oder Stath und Anleitung für die Functionen eines Aufsichtsbeamten holen will, eine reiche Quelle der Belehrung, man kann sagen, eine vollständige und erschöpfende darbietet. Wir wollen nur wünschen, daß das Werk, welches so recht die Ununità der gegenwärtig bestehenden Vorschriften — ein echtes Abbild unserer früheren Miserie — abspiegelt, Veranlassung geben möge, baldigst eine einheitliche Reichsbehörde zu schaffen. — Wenn dieses Buch erst in seinen Beschreibungen der 10 und so vielen Einzelstaaten überflüssig geworden sein wird, dann wird es seinen besten Zweck recht erfüllt haben.

[Dr. C. Deutsch, Schlesiens Heilquellen und Kurorte. Breslau, Korn 1873.] Seit unser Schlesien, das seiner Lage nach eine natürliche Etappe zwischen Nord- und Süddeutschland, zwischen Ost- und West-Europa genannt werden kann, durch die jetzt so vielfach es durchkreuzenden Schienenwege dem reisenden und namentlich dem Bäder besuchenden Publikum immer näher gerückt ist, mußte immer lebhafster das Bedürfnis gefühlt werden, in einer Schrift, wie die vorliegende, ein wohlgetroffenes und dabei angenehmes Gesamtbild der vielfachen Heilquellen und climatischen Kurorte Schlesiens in möglichst engem Rahmen zu beschreiben. Weniger verlangte der Arzt von Fach eine ins Speciale eingehende wissenschaftliche Charakteristik dieser Heilquellen (wie solche ja schon in zahlreichen Specialschriften längst vorliegen), vielmehr schrieb sich der um seine Gesundheit befürgte Laien nach einem populär geschriebenen Buche, worin er sich über die specifischen Werthe und Unterschiede der bedeutendsten thöleischen Kurorte orientieren könnte, um dann seine Wahl zu treffen, wenn es gelte, dies oder jenes Bad nach dem Rathe seines Arztes zu besuchen oder auch nur auf einige Wochen seine Billegatur dorthin zu halten. Der im vorigen Jahre zum ersten Male in Breslau zusammengetretene Schlesische Bädertag veranlaßte nun in richtiger Würdigung jenes Bedürfnisses den Herrn Verfaßer vorliegende Schrift, einen allgemeinen Breslauer Arzt, zu dieser seiner Arbeit, zumal da schon früher aus dessen Feder in der „Schlesischen Zeitung“ gern gelesene Zeitung-Artikel über einzelne schlesische Bäder erschienen waren. In äußerst sauberer Ausstattung liegt uns nunmehr das in entstandene Werkchen vor und können wir dem Herrn Verfaßer für dasselbe in jeder Beziehung den Dank des Publikums garantieren. Flinsberg, Warmbrunn, Görlitzdorf, Charlottenbrunn, Salzbrunn (nebst Demuthquelle), Cudowa, Reiner, Landeck, Jastrowitz, Gotschow, Muslau werden mit allem nothwendigen balneologisch-literarischen Apparate (worunter wir die Rücksichtnahme auf die geognostisch-geographischen, historischen, chemischen und namentlich medicinischen Verhältnisse der Heilquellen, dabei aber auch die Angabe aller für das Badebaden nothwendigen Externa verstehen) in ausführlicher Weise besprochen. Bei einigen Kurorten verweilt der Verf. mit besonderer Vorliebe, weil es hier gilt, theils den eingewurzelten Vorurtheilen entgegenzutreten (wie bei Reiner), theils den nicht hinlänglich bekannten Werthen der oder jener Heilquelle dem Publikum einbringlicher vorzustellen. Die Sprache, in der uns der Verf. dies Alles vorführt, ist eine durchweg edle, ja oft malerisch und poetisch — und wenn man bedenkt, daß auf 187 Seiten eine solche Fülle des Materials zu bewältigen war, so muß man die Concision des Stiles nicht minder wie dessen Präzision rühmen. Dreizehn sehr niedliche in Holz geschnittenen Bilde-Aufsichten schlesischer Kurorte gewähren dabei eine angenehm unterbrechende Ansicht und weden manch' liebliche Erinnerung, für den bloßen Touristen aber ist in einem Anhange „Wanderungen in den Sudeten“ auf 15 Seiten noch extra ein nach dem neuesten Verhältnisse sehr zweckmäßig zusammengestellter „Führer durch das schlesische Gebirge“, wie endlich der ganzen Schrift eine Specialkarte der Provinz Schlesien mit beigegeben. Möge das in jeder Beziehung empfehlenswerte Büchlein recht bald von ausgedehnten Leserkreis finden, den es verdient; unser Provinzial-Interesse ist durch dasselbe wesentlich in Anspruch genommen, da es zu immer größeren „Gestaltmachung des Werthes der schlesischen Kurorte“ in Wahrheit beigutragen berufen ist.

[Hugo Söderström,] der bei den Breslauern als Mittsbegründer und meistiger Vorsteher der „Breslauer Dichter-Schule“ wie des früheren „Schlesischen Dichter-Königreichs“ in gutem Andenken stehende schlesische Dichter, u. a. auch Verfaßer von künstl. und literargeschichtlichen Studien, ist bekanntlich Kaufmann, und jetzt seit einigen Jahren Chef eines Handlungshauses in Grünberg i. Sch. — Derselbe hat am 1. Juli a. c. den Verf. und die Redaktion des Grünberger Kreis- und Intelligenzblattes übernommen.

Berlin, 20. Aug. Obgleich die immer näher rückende Ultimoreregulierung es hinreichend motivirt hätte, wenn der Geschäftsumfang bis zur Beendigung der Liquidation die engen Grenzen, in welchen sich der Verkauf befreit, in den letzten Tagen gehalten, nicht überschritten hätte, und obgleich keinerlei Anregungspunkte von außen hinzutreten waren, so zeigte das heutige Geschäft eine Lebhaftigkeit, die groll von der Stille und Läufigkeit der jüngstvergangenen Börse abstach. Auf allen Branchen der Börsentätigkeit nahmen die Umsätze an Umfang zu oder es äußerte sich doch eine ziemlich rege Kaufslust. Nicht immer konnte diese befriedigt werden, da die Abgeber sehr zurückhaltend austraten und sich selbst durch Courserhödungen nicht zu Verkäufen bestimmen ließen. Geld ist sehr flüssig und stellte sich der Privatschatz bei ganz geringfügigem Verkehr auf 3½ %. In den Speulationspapieren beschränkte sich das Geschäft meist nur auf Oesterreich-Credit; die recht lebhaft umgingen, und der Verkehr in denselben verdeckte seine Anregung hauptsächlich Frankfurter Nachrichten, denen zufolge das Erträgnis des ersten Semesters, nach bereits aufgestellter Bilanz, 7 p.C. betrugen soll. Derselben setzte sofort bei Beginn der Börse mit nicht unbedeutend gestiegenem Course ein und erhöhte die Notiz im Laufe des Geschäfts noch weiter. Gegen Schluss trat eine geringe Abschwächung ein, die durch Realisationen veranlaßt, auch den Course etwas drückten. Lombarden und Staatsbahnactien fanden wenige Beachtung, obgleich auch diese Courserhödungen durchzusetzen vermochten. Oester. Nebenbahnen blieben sehr still, nur Rudolfsbahn und Elisabethswegbahn gingen in einigen Beträgen um. Galizier und Oester. Nordwestbahn eher matt. In auswärtigen Fonds behauptete sich eine sehr feste Stimmung, die nicht nur in einzelnen Courserhödungen, sondern auch in der Regelmäßigkeit des Geschäftes Ausdruck fand. Oester. Renten gut belebt. Italienische und französische Rente besser. Türken anziehend. Amerikaner stiller, da kein disponibles Material am Markt war. Russische Werthe fest, doch auch nur in geringer Verkehr. Bodencreditpapiere belebt. Preußische Fonds lebhaft, besonders Pfand- und Rentenbriefe, die auch meist im Course angingen. Deutsche Fonds still und unverändert. Preußische Prioritäten belebt und gut zu lösen, dagegen wurden ausländische Prioritäten bei fester Haltung nur mäßig gehandelt. Auf dem

